



NRWinfo

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
IV NRW

Heft 3/2017

3. Quartal

www.bund-nrw.de



Nach der Landtagswahl

Nationalpark Senne vor dem Aus?

Koalitionsvertrag stellt Großschutzgebiet infrage

Aus für Nationalpark Senne?

Seit vielen Jahren setzt sich der BUND für einen zweiten NRW-Nationalpark in Ostwestfalen ein. Auch eine große Mehrheit der Bevölkerung ist dafür. Doch die neue schwarz-gelbe Landesregierung zeigt wenig Begeisterung für ein weiteres Großschutzgebiet im Lande.



„prüfen, wie der Erhalt der Sennelandschaft in ihrer jetzigen Form und unter Beibehaltung der gegenwärtigen Flächennutzung sichergestellt werden kann.“

Die Landesregierung will also erst dann prüfen, wie sie das wertvollste NRW-Naturgebiet schützen kann, wenn das Militär abzieht. Ein Gebiet, das mit seiner Vielfalt an gefährdeten Biotoptypen und hunderten Rote-Listen-Arten für den nationalen und internationalen Naturschutz von sehr großer Bedeutung ist. Ein Gebiet, das schon intensiv naturschutzfachlich untersucht und bewertet wurde. Und zu dem zahlreiche naturschutzfachliche Gutachten und Fachbeiträge anerkannter Naturschutzinstitutionen vorliegen, welche die Eignung für eine Nationalparkausweisung bestätigen. Von einem konkreten Handlungsprogramm einer Regierung sollte man eigentlich mehr erwarten.

Nur Nationalparkausweisung bietet Schutz

Aber wenn es denn nach einer Entscheidung über einen Militärabzug zu einer solchen Prüfung kommt, muss diese nach naturschutzfachlichen Kriterien erfolgen. In einem solchen Fall von vornherein Nationalpark als geeignete Schutzkategorie auszuschließen, wäre eine ideologisch begründete Vorfestlegung. Wenn die Landesregierung, wie ebenfalls im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die ehrenamtlichen Naturschutzverbände in ihre Arbeit einbinden möchte, dann muss es in diesem Fall auch eine ernsthafte Mitwirkung geben. Dann muss auch die von den Verbänden geforderte Nationalparkausweisung ernsthaft fachlich geprüft werden können. In diesem Sinne wird sich der BUND für einen konsequenten Schutz der Senne, also weiterhin für eine Nationalparkausweisung, einsetzen und dazu mit Informationsarbeit und Fachveranstaltungen zum Dialog beitragen. So wird es am 23./24. September 2017 auf einer gemeinsamen Tagung mit der Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA) in Paderborn darum gehen, ob nicht beim Erhalt der offenen Heidelandschaft in der Senne stärker große Weidetiere eine Rolle spielen können.

Wie geht es weiter mit dem Wunsch vieler Menschen in NRW, in Ostwestfalen einen zweiten NRW-Nationalpark zu errichten? Schon 1991 hat sich der Landtag einstimmig für einen Nationalpark Senne eingesetzt und den Beschluss 2005 bestätigt. Obwohl das Ziel auch im aktuellen Landesentwicklungsplan festgeschrieben wurde, hat die neue Landesregierung offenbar nicht vor, sich weiter dafür einzusetzen. Für einen Nationalpark Senne fehle, so heißt es dazu im Koalitionsvertrag „die erforderliche breite Akzeptanz in der Bevölkerung der Region“. Für diese Behauptung gibt es aber keine Belege. Nach der letzten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitut EMNID im Jahre 2012 sind sogar 71 Prozent der Menschen in OWL für einen Nationalpark in ihrer Region. Immerhin lässt sich aber aus dem Koalitionsvertrag noch kein definitives „Aus“ für den Nationalpark ableiten, so wie es von einigen Nationalparkgegnern in der Region schon gefeiert wurde.

In der laufenden Legislaturperiode werden die britischen Truppen wie angekündigt Deutschland verlassen. Ob die Bundeswehr dann den Truppenübungsplatz Senne übernimmt ist offen. Sollte es dann keine weitere militärische Nutzung geben, muss rasch über ein geeignetes Schutzkonzept entschieden werden. In einem solchen Fall will die neue Landesregierung

Adalbert Niemeyer-Lüllwitz
... ist Mitglied im Vorstand
des BUND NRW



 www.bund-nrw.de/nationalpark-owl.de

„Ökologisch wählen am 24. September“

Die Landtagswahl am 14. Mai war in vielerlei Hinsicht denkwürdig. Dies gilt sicher für den ungefährdeten Einzug der rechtsextremen AFD in den Landtag. Aber dies gilt auch insgesamt dafür, dass das Wahlergebnis Parteien zu Gewinnern machte, die Themen des Umwelt- und Naturschutzes nicht aktiv besetzten und sich in ihren Wahlprogrammen darauf beschränkt hatten, selbst die kleinsten Fortschritte der letzten Legislatur rückgängig zu machen. Ist der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen also der Mehrheit nicht mehr wichtig?

Wachsende Mitgliederzahlen, die steigende Zahl der Demonstrationsteilnehmer*innen und das Echo auf unsere Veranstaltungen und Kampagnen zeichnen eigentlich ein anderes Bild. Denn der Schwund der biologischen Vielfalt, die fehlende Verkehrswende und die Menschen gemachte Klimaveränderung erzeugen auch bei uns zunehmend direkte Betroffenheit. Trotzdem waren bei der Wahl Themen wie Integration, G8/G9 oder innere Sicherheit, bei denen alle Parteien viel näher beieinander sind, entscheidend und der Populismus von AFD und FDP erfolgreicher.

Papier kann geduldig sein

Das Papier, auf dem Wahlprogramme und Koalitionsverträge gedruckt werden, kann geduldig sein. Wenn die neue Umweltministerin Christina Schulze Föcking diese tatsächlich umsetzen würde, würde sie als erfolgloseste Ministerin in

die Landesgeschichte eingehen. Es ist ihr und ihrem Staatssekretär Heinrich Bottermann zuzutrauen, dass sie wenigstens einige der zahllosen Fehlstellen des Koalitionsvertrags im Bereich Natur- und Umweltschutz zu nutzen wissen, um sich zu profilieren. Insofern muss auch die neue Landesregierung erst an ihren Taten gemessen werden.

Jammern über das Bienensterben gilt nicht

Mit Blick auf die Bundestagswahl heißt dies aber für diejenigen, denen unsere natürlichen Lebensgrundlagen tatsächlich am Herzen liegen, mehr denn je, dass sie dies bei ihrem Wahlverhalten auch zum Ausdruck bringen müssen. Parteien, die mit ihrem Wahlprogramm Umwelt- und Naturschutz nicht aktiv besetzen, die für mehr Straßen, gegen den Kohleausstieg vor 2030 oder gegen eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sind, müssen das zu spüren bekommen. Jammern über das Bienensterben und den stillen Frühling gilt nicht, es zählen nur die Kreuzchen am 24. September.

*Holger Sticht
... ist Vorsitzender
des BUND NRW*



D. Jansen

Lebendige Gewässer erst 2027?

Naturschutztage am Rhein 2017

Für den 15. und 16. September 2017 laden die BUND-Landesverbände am Rhein zu den Dritten Naturschutztagen ein. „Lebendige Gewässer erst 2027? - neue Impulse braucht das Land!“ heißt das Motto der Veranstaltung in Köln.

Inhaltlich geht es um den Zustand der Gewässer links und rechts des Rheins unter dem Blickwinkel der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Fast 17 Jahre nach deren Inkrafttreten gibt es noch immer gravierende Vollzugsdefizite. Circa 90 Prozent der Fließgewässer und 40 Prozent der Grundwasserkörper

in NRW sind weit vom geforderten „guten ökologischen“ oder „guten chemischen Zustand“ entfernt.

Auf der Tagung sollen Fehlentwicklungen diskutiert und der Stand der Dinge bei der Umsetzung der Bewirtschaftungspläne aufgezeigt werden. Vor allem: Was ist von der neu gewählten Landesregierung in NRW zu erwarten?

Von der Veranstaltung erhoffen sich die BUND-Aktiven neuen Schwung für die Gewässerschutzpolitik. Im Anschluss an die Tagung gibt es Exkursionsangebote hinter die Kulissen des Kölner Aquariums

am Zoo und in die Rheinauen bei Köln.

 Programm, Flyer und weitere Auskünfte:
www.naturschutz-tageamrhein.de





M. Böhme

Koalitionsvertrag setzt auf Kohle

Zurück in die Zukunft

Christdemokraten und Freie Demokraten begrüßen das Klimaschutzabkommen von Paris und bekennen sich zu dem Ziel, dass die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts weitgehend treibhausgasneutral wirtschaften soll.“ So steht es im ‚Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022‘ der neuen Landesregierung. Doch was dann folgt, passt damit kaum zusammen. Schwarz-Gelb will das Landes-Klimaschutzgesetz von Regelungen, die über die Ziele und Maßnahmen der Europäischen Union hinausgehen, befreien, an der Braunkohle bis 2045 unverändert festhalten und den Ausbau der Windkraft stoppen.

Konkret soll für neue Windenergieanlagen ein genereller Abstand von 1.500 Meter zu Wohngebieten eingeführt werden, was einem Ausbaustopp auf 80 Prozent der Landesfläche gleich käme. Gleichzeitig sollen die Verpflichtung im Landesentwicklungsplan zur Ausweisung von Windvorrangzonen und die Möglichkeit zur Windenergieerzeugung in forstlichen Baumplantagen aufgehoben werden.

Mit der Windenergie soll so ausgerechnet diejenige erneuerbare Energie gefestelt werden, die für NRW

die größten Potenziale bietet und wodurch bereits 20.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Explizite Aussagen zu anderen Erneuerbaren wie zum Beispiel der Photovoltaik finden sich hingegen nicht im Koalitionsvertrag. „Wie so die Klimaschutzziele erreicht werden sollen, bleibt nebulös“, kritisiert BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen. Schwarz-Gelb agiere offenbar nach dem Motto „zurück in die Zukunft“.

Gerade im Vorfeld des diesjährigen UN-Klimagipfels in Bonn im November sendet Nordrhein-Westfalen fatale Signale an die Weltgemeinschaft. Während inzwischen sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel vom Braunkohleausstieg spricht, scheint ihr Parteifreund Ministerpräsident Armin Laschet die klimaschutzpolitischen Notwendigkeiten zu ignorieren.

Rote Linie gegen Kohle

Umso wichtiger ist deshalb der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Kohle-Vorrang-Politik. Bereits im Wahlkampf und anlässlich der Tour de France hat der BUND mit medial viel beachteten „Rote Linie“-Aktionen die Botschaft „bis hierhin und nicht weiter“ verbreitet. Jetzt rufen wir gemeinsam mit unseren Partnern Greenpeace, Klima-Allianz, NABU und der BUNDjugend zur „Rote Linie“-Demo am Tagebau Hambach auf. Am 26. August wollen wir zusammen mit vielen Tausend Menschen friedlich für den Braunkohleausstieg und den Schutz des Hambacher Waldes demonstrieren. Mit der Menschenkette vom Wald über das BUND-Sperrgrundstück im Tagebau bis Kerpen-Manheim wollen wir ein deutliches Signal an die Politik senden: Klimaschutz heißt Kohleausstieg!

Klima Schützen!
Wald retten!
Bagger stoppen!

**Machen
Sie mit!**

SA. 26.8.2017, 12 UHR

KERPEN-MANHEIM/KERPEN-BUIR
HAMBACHER WALD/TAGEBAU HAMBACH

Alle Infos: www.bund-nrw.de

camp for [future] im Braunkohlenrevier

Kein Platz für Demokratie?

Das Rheinische Braunkohlenrevier wird in diesem Jahr zum „Hot spot“ des Kohle-Protests. Neben der vom BUND angemeldeten Rote Linie-Demonstration finden zahlreiche andere Aktionen statt. So organisiert dieses Jahr zum ersten Mal die BUNDjugend NRW gemeinsam mit vielen ehrenamtlichen jungen Menschen ein Jugendklimacamp.

Das Camp will junge Menschen zusammenbringen, damit sie sich über verschiedenste Themen der Zukunft austauschen und gemeinsam an Lösungsansätzen tüfteln können. Unterschiedlichste Workshops zu Themen wie Klimawandel, Sexismus oder Rassismus unterstützen die Teilnehmenden beim Austausch. Neben dem Bildungsprogramm wird es auch praktische Workshops geben und die Möglichkeit, kreative, bunte und friedliche Proteste zu planen.

Das camp for [future] soll in der Stadt Kerpen-Buir stattfinden. Allerdings nicht ohne großen Gegenwind. „Die Stadt war leider nicht bereit, uns auf kooperativem Wege eine Fläche zur Verfügung zu stellen“, sagte Camp-Organisator Malte Stocker. „Wir mussten das Camp deshalb nach dem Versammlungsrecht anmelden.“ Prompt forderte die örtliche CDU die Polizeibehörde auf, die Versammlung nicht zu genehmigen und offenbarte damit ein seltsames Demokratieverständnis und wenig Kenntnis über die Grundrechte.

Im Vorfeld hatte sich die BUNDjugend in vielen Gesprächen mit den Kommunen im Revier vergeblich darum bemüht, einen Standort für das Camp zu finden. Keine der umliegenden Städte war jedoch bereit, eine Fläche anzubieten. „Weil sich unser Camp auch kritisch mit der Rolle des RWE und somit den größten Landbesitzer der Region auseinandersetzt, scheiterten



Vertreter*innen von BUND, Greenpeace, Buirer für Buir und Landeschüler*innenvertretung NRW planen ein friedliches Camp im Braunkohlen-Revier. Foto: M. Stocker

auch alle unsere Versuche, in der Region private Flächen für das Camp zu bekommen“, so Malte Stocker. Offenbar sei das Camp für viele eindeutig zu politisch.

Bei einer Pressekonferenz zur versammlungsrechtlichen Anmeldung machte das Planungsteam deutlich, dass es nicht sein könne, dass der freien Meinungsäußerung von jungen Menschen kein Platz eingeräumt werde. Unterstützt wurde die Kritik von der Landeschüler*innenvertretung NRW, die für knapp drei Millionen Schüler*innen in NRW spricht sowie einem Vertreter der Initiative „Buirer für Buir“, die schon seit Jahren gegen den Energiekonzern RWE und die Tagebaue im Rheinland aktiv ist.

Nun hoffen alle Akteur*innen, dass das Camp trotzdem wie geplant stattfinden kann.

 www.campforfuture.de

Streit um Folgekosten der Braunkohlegewinnung

RWE täuscht Öffentlichkeit

Seit Jahren setzt sich der BUND für eine transparente und ehrliche Debatte um die Folgekosten des Braunkohlenbergbaus ein. Bisher lehnte aber die Landesregierung ein unabhängiges Gutachten über die Ewigkeitskosten ab und weigerte sich auch, dem RWE eine Sicherheitsleistung abzuverlangen. Dabei sind die beim Konzern gebildeten Rückstellungen weder

ausreichend noch abgesichert. So droht die Allgemeinheit auf den Milliarden-Kosten zur Bewältigung der Langzeitschäden hängen zu bleiben.

Jetzt bekommt die Debatte neuen Schwung. Der Westdeutsche Rundfunk beantragte bei der Bergbehörde Akteneinsicht nach dem Umweltinformationsgesetz. Die sah kein Problem darin und

gab dem Ersuchen statt. Dagegen aber klagt jetzt das RWE. Es seien Betriebsgeheimnisse verletzt. Betriebsgeheimnisse? Offenbar fürchtet der Kohlekonzern den Einblick in die wahren Kosten des Bergbaus. Das Märchen von der subventionsfreien Braunkohle lässt sich so aber nicht mehr aufrecht erhalten.

 www.bund-nrw.de/braunkohle

Agrarwende verschoben

Fast die Hälfte der Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt. Das hat maßgeblichen Einfluss auf die Pflanzen- und Tierwelt, unsere Gewässer, den Boden und das Landschaftsbild. Nitrate belasten das Grundwasser, Grünland geht verloren, der Schwund an Ackerwildkräutern ist dramatisch. Vieles im Koalitionsvertrag bleibt im Vagen - wo es konkret wird, zeichnet sich eine Zäsur ab.



Die Koalitionäre schweigen hierzu - und betonen eine große Bedeutung der so genannten Grünen Gentechnik, deren „Chancen“ am Forschungsstandort NRW künftig „entschlossen genutzt“ werden sollen. Einmal mehr gilt es, die Gentechnikfreiheit zu verteidigen!

Gülle und Gewässerschutz

Vielen BUND-Aktiven und Anwohner*innen stinkt die Gülleflut, ökologisch ist sie verheerend: Mehr als ein Drittel der Grundwasserkörper in NRW sind in schlechtem Zustand. Die neue Landesregierung möchte das Messstellennetz weiterentwickeln, um eine „tragfähige Datenbasis für Gegenstrategien“ zu schaffen. Kooperationen von Landwirtschaft und Wasserwerken sollen ausdehnt werden, Verschärfungen bei Düngungen in besonders stark belasteten Gebieten erteilt sie hingegen eine klare Absage.

Der BUND begrüßt zusätzliche Wasserkooperationen - diese sollten jedoch dringend mit einer Verringerung der Tierhaltung, Festmistwirtschaft, Weidewirtschaft und eine Abgabe auf Stickstoffüberschüsse einhergehen. CDU/FDP machen hierzu keine Aussagen. Dass sie weiter gehende Schutzmaßnahmen von vornherein auszuschließen, ist ein Rückschritt.

Pfünde verteidigen – Vorrang für Freiwilligkeit

Schwarz-Gelb lehnt es ab, innerhalb der Landwirtschaft einen Teil der EU-Agrarmittel zugunsten von mehr Tierwohl und Naturschutz umzuschichten, obwohl die EU dieses ausdrücklich ermöglicht und es dem Land kein Geld kostet. So geht Besitzstandswahrung!

Ob Tierhaltung oder Naturschutz: Durchweg sollen Freiwilligkeit, Kooperation und finanzielle Anreize Vorrang vor rechtlichen Regelungen erhalten. Bundesrecht soll lediglich eins zu eins umgesetzt werden.

Der BUND begrüßt kooperatives Handeln. Dieses zum vorrangigen Prinzip zu erheben, befördert jedoch Stillstand und Hinauszögern längst überfälliger Veränderungen. Das gilt im Agrarbereich vor allem dort, wo Strukturen verkrustet sind und enge Lobbygeflechte bestehen. Ob Antibiotika in der Mast, Kükenschreddern oder Pestizidreduktion: NRW sollte vorangehen und sich nicht zugunsten von Freiwilligkeit und ständigem Einvernehmen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner begrenzen.

Ralf Bilke

.... ist Agrarreferent des BUND NRW

Glückliche Schweine: Leider nicht die Realität in allen NRW-Ställen.

Foto: D. Jansen

Ökologischer Landbau

Die Landesregierung möchte konventionellen und Biolandwirten „gleichberechtigte Chancen“ bieten. Die Förderung des Ökolandbaus soll geprüft und „angemessen“ fortgeführt, Vermarktungsstrukturen gleichermaßen für Bio- und konventionelle Erzeugnisse verbessert werden. Es dürfe keine staatliche Lenkung und Bevorzugung geben. Der BUND meint: Ein Bekenntnis, den Ökolandbau aktiv voranzubringen, sieht anders aus. Sein Beitrag zu Artenvielfalt, Gewässer- und Tierschutz wird nicht als Chance erkannt. Vielmehr wird er auf eine Stufe mit intensiv wirtschaftenden Betrieben gestellt, die für vielerlei Probleme mitverantwortlich sind. Die Verbraucher*innen sind da längst weiter: Sie kaufen beständig mehr Bioprodukte. Davon profitieren viele - nur nicht Bauern in NRW.

Gentechnikfreie Landwirtschaft

2011 beschloss der Landtag: unsere Äcker sollen frei von Agro-Gentechnik bleiben und die Landesregie-

 Eine ausführliche Bewertung des Koalitionsvertrages gibt es unter www.bund-nrw.de/themen/landwirtschaft

Erfolgreiche BUND-Aktion

Das von der Kreisgruppe Düsseldorf initiierte und von etlichen BUND-Gruppen übernommene Mehrwegtaschen-Projekt ist erfolgreich gestartet. Im Rahmen einer NRW-weiten Sammelbestellung konnten über 3.000 umweltfreundliche BUND-Mehrwegtaschen aus Recycling-Kunststoff mit einem eigens für die Aktion entworfenen Motiv bedruckt werden.

Im Juni haben Aktive der Kreisgruppe Düsseldorf in der Schadowstraße in Düsseldorf die erste Tüten-Tausch-Aktion mit den BUND-Mehrwegtaschen durchgeführt. Im Tausch gegen Plastik- oder Papiertüten verteilten die Aktiven in nur dreieinhalb Stunden rund 500 Taschen zusammen mit einem Info-Flyer zum Thema „Mehrweg-Tasche statt Einweg-Tüte“. Beim

Umpacken der Einkäufe ergaben sich häufig interessante Gespräche. Viele PassantInnen waren überrascht, dass Einweg-Papiertüten nicht umweltfreundlicher sind als Plastiktüten. Ihre Herstellung benötigt große Mengen an Energie und Wasser. Aufgrund ihres höheren Gewichts sind die Schadstoff- und CO₂-Emissionen beim Transport der Papiertüten zu den Geschäften vergleichsweise hoch. Außerdem müssen die Papierfasern besonders lang sein, weswegen Recycling-Papier kaum für Papiertüten eingesetzt wird. Aufgrund des großen Erfolgs wird die Kreisgruppe Düsseldorf die Tüten-Tausch-Aktion bald wiederholen.



 www.bund-nrw.de/tuetentausch

Umweltausschuss folgt BUND-Vorschlag

Vogelfreundliche Wartehäuschen in Köln

Als erste NRW-Großstadt hat Köln beschlossen, die Wartehäuschen des örtlichen Verkehrsbetriebs KVB vogelfreundlich zu gestalten. Am 7. Juli verabschiedete der Ausschuss für Umwelt und Grün der Stadt Köln einstimmig einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und CDU, alle Fahrgastunterstände bis 2020 entsprechend zu gestalten. „Wir freuen uns sehr, dass der Antrag angenommen wurde“, freut sich Judith Förster vom BUND-Projekt „Vermeidung von Vogelschlag an Glas“. „Damit kann Köln in wenigen Jahren ein Vorbild für andere Städte in ganz Nordrhein-Westfalen sein.“

Glas ist ein unsichtbares Hindernis, denn es ist transparent oder spiegelnd. Mehr als 18 Millionen Vögel sterben jedes Jahr durch Kollisionen mit Glas an Wohngebäuden in Deutschland, denn sie

können Glas nicht sehen. Damit ist „Vogelschlag an Glas“ eines der größten Vogelschutzprobleme unserer Zeit.

Auch Wartehäuschen stellen eine häufig unterschätzte Gefahr dar. Sie sind nicht nur von Pflanzen umgeben eine Gefahr, sondern auch in stark versiegelten städtischen Gebieten. Denn sie befinden sich oft in Flugschneisen, die von Vögeln genutzt werden.

Trotz des Erfolges fordert der BUND, jetzt auch weitere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. In Zukunft sollten die Baubehörden gefährliche Gebäude während der Bauleitplanung standardisiert von den Naturschutzbehörden auf mögliche Artenschutz-Konflikte kontrollieren lassen. Das verlangen auch die Gesetze. Nur so werden Gebäude von vornherein vogelfreundlich.



Definitiv verbesserungsfähig: Wartehäuschen in Köln.

Foto: P. Brenner

 www.vogelsicherheit-an-glas.de

Das Projekt „Vermeidung von Vogelschlag an Glas“ wird von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW gefördert.

Helmut Röscheisen jetzt für den BUND aktiv

Helmut Röscheisen war 35 Jahre Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR), des deutschen Dachverbands der Umwelt- und Naturschutzverbände, in welchem auch der BUND Mitglied ist. Jetzt ist er im (Un)ruhestand schließlich Mitglied im BUND geworden: seit vielen Jahren wohnhaft in Köln-Dellbrück engagiert er sich u.a. für den Erhalt des Kölner Grüngürtels und für ein nachhaltiges Verkehrskonzept zwischen Köln und Bergisch Gladbach. Der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht (l.) hieß ihn bei einer Exkursion zum BUND-Projekt Dellbrücker Heide herzlich willkommen.



Otto Degenhard - ein Vorkämpfer für Umwelt und Naturschutz - ist tot.

Nicht nur seine Frau Marita, die den unermüdligen Kampf ihres Mannes für den Naturschutz stets unterstützte, sondern auch seine Mitstreiter*innen im Märkischen Kreis werden ihn sehr vermissen.

Menschlich einfühlsam und bescheiden im Auftreten bestach er durch seine Hartnäckigkeit und Gründlichkeit beim Einsatz für den Erhalt unserer schützenswerten Landschaft.

In seiner Heimatstadt Halver engagierte er sich früh gegen den unmäßigen Flächenverbrauch, er beklagte in kompetenten Leserbriefen immer wieder den Wahnwitz, wertvollen Ackerboden zuzubetonieren.

Auch gegen den kriminellen Umgang mit Gülle und bei der Verschmutzung der Neye-Trinkwassertalsperre ergriff er das Wort und informierte betroffene Wasserbehörden und Dezernenten.

Man merkte ihm an, dass diese Probleme für ihn Herzensangelegenheiten waren.

Oft fuhr er mit zur Bezirksregierung nach Arnberg und setzte sich sachkundig ein für den neuen Gebietsentwicklungsplan oder gegen maßlose Forderungen beim Weiterbau der A 46 durch wertvolle Landschaftsgebiete.

Er war stets gut vorbereitet und informiert; sachlich und energisch brachte er seine Argumente vor und musste nach seinen Leserbriefen auch anonyme Anfeindungen ertragen.

Kurz: Otto Degenhard ließ sich nicht beirren und opferte seine Zeit für Belange der Allgemeinheit. Er war lange Zeit der Kreisvorsitzende des BUND und engagierte sich zeitaufreibend auch auf Landesebene. Er hätte sich einfach seines Lebens erfreuen können und nur mit seinem geliebten Fahrrad und seiner Frau den Märkischen Kreis erkunden können, aber er brachte sich ein und war, ist und bleibt deshalb nicht nur ein Freund, sondern ein Vorbild für uns alle. *Klaus Brunsmeier*



IMPRESSUM: Das *NRWinfo* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**

♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦

Beiträge zu dieser Ausgabe: Ralf Bilke, Judith Förster, Paul Kröfges, Adalbert Niemeyer-Lüllwitz, Holger Sticht, Malte Stocker, Michael Süßer ♦ **Auflage:** 20.700 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFS WDE 33 XXX, Konto: DE 10 3702 0500 00082 04600 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

♦ Das *NRWinfo* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.09.2017 ♦ © BUND NRW, August 2017

Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.